



Zur Entwicklung der globalen strukturellen Krise der Akkumulationsbewegung des Kapitals

Interview von Robert Kurz mit der portugiesischen Internet-Zeitschrift „Zion Edições“ im Oktober 2008¹

Robert Kurz

Zitation: Kurz, Robert (2026): Zur Entwicklung der globalen strukturellen Krise der Akkumulationsbewegung des Kapitals. Interview von Robert Kurz mit der portugiesischen Internet-Zeitschrift „Zion Edições“ im Oktober 2008, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft, Hrsg. Heinz Gess

© 2026 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Redaktioneller Hinweis: Das Interview entstand im Zusammenhang mit der Finanzkrise von 2008. Trotz seines zeitgeschichtlichen Anlasses behandelt es keine bloße Konjunkturkrise, sondern entwickelt eine grundsätzliche Theorie der historischen Strukturkrise des Kapitals. Gerade deshalb haben viele der hier entwickelten Überlegungen bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren. (Übernommen aus: marxists.org. Link: <https://www.marxists.org/portugues/kurz/2008/11/30.htm>)

Wie lässt sich die aktuelle Finanzkrise in den Kontext der Entwicklung der Strukturkrise des Kapitals einordnen?

Es ist theoretisch falsch, von einer eigenständigen Finanzkrise zu sprechen, deren «Auswirkungen» auf die sogenannte Realwirtschaft ungewiss und möglicherweise moderat wären. Ausgehend von Marx' Theorie kann die Finanzkrise nur eine Manifestation des Mangels an Bedingungen für die reale Verwertung des Kapitals sein. Das Finanz- und Kreditsystem

¹ Übersetzt von Heinz Gess mit Hilfe von Deepl.

ist kein eigenständiger Sektor, sondern ein integraler Bestandteil der erweiterten Reproduktion des Gesamtkapitals. Hier entsteht ein Widerspruch, der sich mit fortschreitender Entwicklung verschärft. Die Ausweitung des Kreditsystems an sich ist nicht neu, sie hat bereits einen jahrhundertlangen Prozess durchlaufen. Dies spiegelt einen Mechanismus wider, den Marx als «Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals» beschrieb. Mit der zunehmenden Technisierung der Produktion wächst der Anteil des konstanten Kapitals (Maschinen, technologische Steuerungsausrüstung, Kommunikation und Infrastruktur usw.) im Verhältnis zum variablen Kapital (wertschöpfende Arbeitskraft). Entsprechend steigen die Vorlaufkosten, um die Arbeitskraft – die einzige Quelle des Mehrwerts – in irgendeiner Form gewinnbringend einsetzen zu können. Die steigenden Vorlaufkosten erfordern, um die aktuelle Mehrwertproduktion aufrechtzuerhalten, eine Vorauszahlung von zukünftigem Mehrwert in Form von Kredit, der immer weiter in die Zukunft verschoben wird.

Dies erzeugt eine zunehmende Spannung im inneren Zusammenhang zwischen Kredit und realer Wertvermehrung. In der Vergangenheit konnte dieser Widerspruch durch den sozialen Nebeneffekt der Verwissenschaftlichung ausgeglichen werden. Die Produktivitätssteigerung verbilligt die Lebensmittel und senkt damit auch den Wert der Arbeitskraft, sodass die Kosten ihrer Reproduktion sinken. Derselbe Mechanismus, der dazu führt, dass der Anteil des variablen Kapitals (Arbeitskraft) an der organischen Zusammensetzung des Kapitals relativ geringer wird, führt auch dazu, dass die Arbeitskraft weniger Wert für ihren eigenen Erhalt produzieren muss. Der Anteil des Mehrwerts am gesamten geschaffenen Realwert steigt, was Marx als Produktion von «relativem Mehrwert» bezeichnet. Dies gilt jedoch nur für jede einzelne, aus kapitalistischer Sicht produktive Arbeitskraft. Die Voraussetzung für einen ausgleichenden Effekt im Hinblick auf die gesellschaftliche Wertschöpfung ist daher, dass sich gleichzeitig das gesamte reale Kapital ausweitet und somit die Anzahl der unter kapitalistisch produktiven Bedingungen einsetzbaren Arbeiter in absoluten Zahlen wächst – trotz des geringeren relativen Gewichts des variablen Kapitals in der Zusammensetzung eines bestimmten vorgelegten Geldkapitals. Auch nur unter dieser Bedingung kann der Vorschuss an künftigen Mehrwert, der durch die Ausweitung des Kredits immer weiter in die Zukunft verschoben wird, zurückgezahlt werden, zumindest solange die Verbindung zwischen Kredit und realer Wertvermehrung nicht vollständig unterbrochen ist. Solange diese Verbindung in gewisser Weise funktioniert, drückt sich auch der Widerspruch nur relativ aus, wie der berühmte tendenzielle Fall der gesellschaftlichen Profitrate. Die durchschnittliche Profitrate bezieht sich auf ein Geldkapital beliebiger Größenordnung. Diese Rate sinkt in einem langjährigen Prozess aufgrund des wachsenden Anteils der Vor-

laufkosten des konstanten Kapitals, das keinen neuen Wert erzeugt, sondern lediglich bereits geschaffenen Wert weiterleitet. Wächst jedoch die gesamte gesellschaftliche Masse des in die produktive Wertschöpfung eingesetzten Geldkapitals ausreichend an, so kann – trotz sinkender Profitrate pro eingesetztem Geldkapital – gleichzeitig sowohl die Masse des absoluten realen Mehrwerts als auch die Gewinnmasse des Gesamtkapitals weiter steigen. Marx analysierte diesen Zusammenhang, dessen historisches Ergebnis offenbleibt, im Ersten Band (Produktion des relativen Mehrwerts) und im Dritten Band (Tendenz zum Fall der Profitrate) von „Das Kapital“. Auf der elementaren Ebene der «Werts substanz» als «Arbeits substanz» spricht Marx hingegen in den Grundrissen davon, dass der Wettbewerb, getrieben durch den ständigen Produktivitätsanstieg, schließlich zu einer absoluten Verringerung der wertschöpfenden Arbeitskraft und damit zu einer absoluten historischen Grenze der Wertvermehrung führen müsse. Dieser Aspekt blieb bei Marx jedoch theoretisch unausgearbeitet.

Die fordistische Phase war die Blütezeit der relativen Mehrwertproduktion bei gleichzeitiger Expansion des gesamten Real Kapitals. Die permanente Vorstreckung von Kredit schien realisierbar. Die Theorie einer absoluten inneren Grenze der Wertvermehrung galt selbst in linken Kreisen als überholt. Der Widerspruch zwischen dem Kreditsystem und der Produktion von realem Mehrwert erreichte jedoch im Kontext der Dritten Industriellen Revolution, der Mikroelektronik, einen Höhepunkt und nahm eine neue Qualität an. Die Expansion des gesamten Real Kapitals stößt an ihre historischen Grenzen, während gleichzeitig die wertschöpfende «Arbeitssubstanz» in einem beispiellosen Ausmaß schmilzt, verbunden mit der neuen Qualität der Verwissenschaftlichung. Die Steigerung des relativen Mehrwerts pro Einzelarbeitskraft beginnt, ihren Charakter als historischer Ausgleichsmechanismus zu verlieren. Dies verwandelt den lediglich relativen tendenziellen Fall der Profitrate pro eingesetztem Geldkapital in einen absoluten Rückgang der Masse des realen gesellschaftlichen Mehrwerts und damit der Gewinnmasse. Die Verbindung zwischen der weit vorweggenommenen Vorwegnahme zukünftigen Mehrwerts in Form von Kredit und der Produktion von realem Mehrwert ist unwiderruflich zerrissen. Was als verheerende Finanzkrise erscheint, ist lediglich die empirische Manifestation des Widerspruchs, der auf der empirisch nicht greifbaren Ebene der realen Wertverhältnisse gereift ist.

Wir stehen somit vor einem «strukturellen Bruch» höherer Ordnung. Wenn bisher von einer «Strukturkrise» des Kapitals die Rede war, beispielsweise im Zusammenhang mit der «Theorie der langen Wellen», dann bezog sich dies lediglich auf den «Übergang» zu einem neuen «Akkumulationsmodell». Die Krise sollte lediglich eine «Säuberungsfunktion» haben, um den Weg für den nächsten historischen Wertsteigerungsschub auf einer neuen

technologischen Grundlage zu ebnen. Das war das berühmte Konzept des Ökonomen Joseph Schumpeter von der Kraft des Kapitals als «kreativer Zerstörung». Doch das Ende des fordistischen Zeitalters brachte keinen «kreativen» Strukturbruch im Sinne eines neuen «Akkumulationsmodells» mit sich. Der vielbeschworene Übergang zum sogenannten «Postfordismus» war nichts weiter als eine leere Floskel. Was dann geschah, war nichts anderes als der Übergang in die historisch kurze Ära der berüchtigten «Finanzblasenwirtschaft», in der das Kreditsystem in historisch beispielloser Weise aufgebläht wurde, weit über die schwindende Fähigkeit zur realen Wertproduktion hinaus.

Hier entstand für eine positivistische Wahrnehmung, die den inneren Zusammenhang der Wertverhältnisse nicht erkennen kann, die optische Täuschung eines tatsächlich neuen «Akkumulationsmodells». Einerseits bestehe der «Postfordismus» in der Verlagerung der industriellen Mehrwertproduktion in die Peripherie, in die sogenannten Schwellenländer (in jüngerer Zeit in Form des angeblichen asiatischen «Wirtschaftswunders»). In Wirklichkeit bestand der Ausgangspunkt und die treibende Kraft dieser Verlagerung nicht in monetären Erträgen aus realer Wertschöpfung, sondern in «fiktivem Kapital» aus substanzlosen Finanzblasen, die längst von der produktiven Einsatzmöglichkeiten der menschlichen Arbeitskraft abgekoppelt waren. Auf diese Weise wurde eine globale Defizit-Konjunktur in Gang gesetzt, die nun kurz vor einem abrupten Einbruch steht. Andererseits sollte der «Postfordismus» in den kapitalistischen Zentren eine sogenannte «Dienstleistungs-gesellschaft» schaffen, die als neues, eigenständiges Feld der Wertvermehrung konzipiert war. In Wirklichkeit handelte es sich dabei größtenteils um aus kapitalistischer Sicht unproduktive Sektoren wie die private «Erbringung persönlicher Dienstleistungen», die ihren Ausgangspunkt und ihre Grundlage ebenfalls nicht in der tatsächlichen Wertschöpfung und den daraus erzielten Erträgen hatten, sondern in der Aufblähung des «fiktiven Kapitals» und der bloßen Simulation von Verwertungsprozessen. Daher erfolgte der angebliche Übergang zu einer «Dienstleistungswirtschaft» nicht als Ausbau der staatlichen Infrastrukturen, etwa im Gesundheits- und Bildungswesen, stattfand – die bereits in den 1970er Jahren gescheitert waren –, sondern in Form von prekarierten Dienstleistungen in kleinen, privatwirtschaftlichen Niedriglohnunternehmen sowie in Form von «Scheinselbstständigkeit», die nun gleichermaßen vom Aussterben bedroht sind.

In diesem Zusammenhang ist noch eine Anmerkung zur theoretischen Entwicklung innerhalb der Linken erforderlich. Die postmoderne Ideologie der «Virtualisierung» führte auch zu einer Anpassung der linken Gesellschaftskritik an den krisenhaften und simulativen Kapitalismus. Man begann ohne Weiteres von einem ausschließlich «finanziell induzierten» Wachstum zu sprechen, an das man sich «symbolisch» anpassen wolle. Die Grundkatego-

rien der politischen Ökonomiekritik von Marx wurden nicht nur – wie im traditionellen Marxismus – positivistisch missverstanden, sondern gänzlich aus dem Blickfeld verdrängt. Und das Problem der Krisenkraft wurde nicht nur auf eine «Funktion» der «Säuberung» reduziert, sondern auch subjektiv umgedeutet und schlichtweg in «politischen Willensverhältnissen» aufgelöst. Paradigmatisch hierfür ist der Postoperaismus von Antonio Negri. Soweit es «Krisen» gibt, werden diese lediglich als bewusste, «politisch gewollte» Reaktion der Kapitalisten und ihrer Fraktionen auf die glorreichen «Kämpfe» der sogenannten Multitude. Doch wenn die gegenwärtige Dynamik des globalen Niedergangs ein bewusster politischer Akt des kapitalistischen Empire sein soll, dann dürfte sie eher eine «Reaktion» auf den Geist meiner Großmutter sein als auf die längst nur noch symbolischen «Kämpfe» eines demoralisierten, variablen Kapitals, das keine reale Interventionsmacht in den kapitalistischen Zentren mehr besitzt. Doch wie es in Marx' Theorie unübertrefflich erklärt wird, ist die wahre Grenze der Wertsteigerung streng objektiv und hat sich «hinter dem Rücken » der Akteure. Die soziale Emanzipation von der kapitalistischen Logik hingegen kann keineswegs «objektiv» sein; und gerade deshalb erfordert sie die radikale Kritik der grundlegenden Kategorien des Kapitalismus, die von der Menschheit «verinnerlicht» und von der Linken weitgehend verdrängt wurden. Wenn die Linke nun die negative Objektivität der Krise verdauen muss, wird sie auch mit sich selbst und ihren postmodernen Illusionen konfrontiert.

Ist dies Ihrer Meinung nach ein guter Zeitpunkt, um eine radikale Kritik am Kapitalsystem zu verallgemeinern? Oder ist es angesichts der Tatsache, dass sich die materiellen Lebensbedingungen von Millionen von Menschen zunehmend verschlechtern, nicht möglich, über den Keynesianismus und die Nostalgie nach dem Wohlfahrtsstaat hinauszugehen?

Offensichtlich findet eine allgemeine Delegitimierung des Kapitalismus statt, sogar in der politischen Klasse und in den Kulturseiten. Der Begriff des Kapitalismus selbst ist von heute auf morgen zu einem Schimpfwort geworden, als wäre er nicht schon immer zum «Sieger der Geschichte» erklärt worden. Doch diese plötzliche und unvermittelte «Wende» muss zwangsläufig unglaublich und verdächtig wirken. Der Neoliberalismus hat sich in den letzten Jahrzehnten tief ins Bewusstsein der Massen eingegraben – als grundlegende Tendenz zum «Marktradikalismus», als abstrakte Individualisierung und Entsolidarisierung autistischer «sozialer Atome». Die direkte individuelle Beziehung zum universellen Markt und zum universellen Wettbewerb ist zur Lebensbedingung geworden und wird nicht mehr sozial gefiltert. Diese Lebensformen in einer zersplitterten Gesellschaft werden nun mit voller

Wucht von der neuen Qualität des globalen Krisenausbruchs getroffen und in ihren Grundfesten erschüttert.

Es handelt sich in erster Linie um einen Zusammenbruch der Legitimationsfunktion. Der «herrschende Geist» des neoliberalen Umbruchs hat sich auf beschämende Weise vollständig diskreditiert. Bislang wurde der verheerende Zusammenbruch jedoch auf vollkommen phantasmatische Weise wahrgenommen, lediglich als Spektakel an den Finanzmärkten und in den globalen Medien. Eine katastrophale Nachricht jagt die nächste, während die Krise die «realen» Reproduktion und den Alltag erreicht hat. Erste Vorboten sind die dramatischen Absatzverluste in der Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern. Doch die Dynamik der Krise wird nach und nach nicht nur alle Bereiche der Warenproduktion (Industrie, Medien und Dienstleistungen) erfassen, sondern alle Lebensbereiche, die jahrzehntelang von der Kreditausweitung abhängig geworden sind, da sie nicht mehr durch die reale Produktion von Mehrwert und dessen gesellschaftliche Umverteilung finanziert werden konnten; von Bildung, Kultur und Gesundheit über die lokale Infrastruktur bis hin zur Altenpflege usw. Die Programme mit kostspieligen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels oder für die Krankenversicherung, die weiterhin diskutiert werden, als wäre nichts geschehen, sind in Wirklichkeit nichts weiter als Unsinn.

Diese Dynamik des «Zerfalls des Zerfalls» kann von den atomisierten sozialen Individuen nicht angemessen verarbeitet werden; geschweige denn in dem Tempo, in dem sie voranschreitet. Die individualisierten Menschen sind in jeder Hinsicht «Kreditgeschöpfe», ganz gleich, inwieweit sie sich dessen bewusst sind. Das Gleiche gilt auch für die «Alltagsreligion» (Marx) des Warenkonsums; das Kreditkartensystem wird wahrscheinlich der nächste Zusammenbruch des Finanzsektors sein. Das ganze leere Gerede über «spekulative Exzesse», die schließlich verhindert werden müssten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Abhängigkeit vom «weltweiten Kartenhaus» des verselbstständigten Finanzüberbaus ebenfalls fest im Bewusstsein der Massen verankert ist – als Lebensbedingung. Daher reicht auch die oberflächliche Delegitimierung des «Kapitalismus» nicht aus, um eine radikale Kritik der vorherrschenden Produktions- und Lebensweise zu leisten. Nur die Formen des privaten Finanzkapitals, das Investmentbanking, die Hedgefonds usw., werden als «kapitalistisch» empfunden. Während die noch vor kurzem vergötterte Wirtschaft der Finanzblasen zusammenbricht, rufen die individualisierten «Menschen auf Kredit» den Staat an, um ihre «Haut auf Kredit» zu retten und ihr prekariisiertes kapitalistisches Leben weiterführen zu können. Das erschöpfte private Kreditsystem soll durch staatliche Kredite ersetzt werden, die man sich gerne als unerschöpflich vorstellen möchte.

Natürlich ist dies eine gefährliche Kehrtwende. Denn gerade der Glaube an die unbegrenzte Kapazität staatlicher Finanzierung war es, den der in den letzten Jahrzehnten vorherrschende neoliberale Diskurs als große Verirrung angeprangert hatte. Und das nicht nur aus ideologischen Gründen. Als sich in den 1970er Jahren das fordistische Wachstum erschöpft hatte und die Verbindung zwischen dem System des vorweggenommenen Kredits und der Produktion von realem Mehrwert zu brechen begann, wurde in erster Linie der staatliche Kredit über die Kapazität der Schaffung sozialer Werte hinaus ausgedehnt, um die Konjunktur durch die Vorwegnahme der Zukunft am Laufen zu halten. Die unlösbare keynesianische Staatsverschuldung bildete bereits eine Finanzblase ganz eigener Art. Infolgedessen geriet die Inflation weltweit zunehmend außer Kontrolle. Der Neoliberalismus reagierte auf diese Entwicklung, ohne jedoch deren tiefere Ursache zu verstehen. Er ging davon aus, dass das Problem lediglich in einer zu starken Ausweitung der staatlichen Tätigkeit bestehe und durch eine radikale Deregulierung des Marktes behoben werden könne. Da sich jedoch in Wirklichkeit die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals in einen historischen Rückgang der Masse des realen Mehrwerts und der Gewinnmasse verwandelte, wurde die bereits unlösbare Kreditinflation durch die neoliberale Neuausrichtung des Staates lediglich auf die Finanzblasen der Verschuldung und der Spekulation des Privatkapitals verlagert. Da diese Verlagerung nicht mehr auf der streng begrenzten Ebene des Staates stattfand, sondern im Kontext der transnationalen Globalisierung, konnte über dreißig Jahre lang mit dieser neuen Form der Kreditvergabe, die nicht durch reale Wertschöpfung gedeckt war, ein Wachstum simuliert werden, dessen defizitärer Charakter sich erst jetzt offenbart. Wenn nun die Eliten, ebenso wie das Bewusstsein der Massen, plötzlich zur staatlichen Finanzierung als Rettungsanker zurückkehren wollen, scheinen sie unter Amnesie zu leiden. Der Staat, der bis vor kurzem noch verteufelt wurde, wird nun mit den besten Absichten erneut in den Rang eines Gottes erhoben, der den Kreditfluss auf ewig sichern soll, weil er «allmächtig» sei und über individuelle Interessen hinausgehe.

Nun ist der Staat aber in Wirklichkeit nicht die unabhängige Instanz einer «herrschenden Klasse» oder bestimmter Wirtschaftsgruppen, sondern die Instanz der allgemeinen Macht, die der Gesellschaft übergeordnet ist und den äußeren Rahmen für die Wertvermehrung des Kapitals und all seiner «Charaktermasken» bildet (Marx). Doch gerade deshalb steht der Staat nicht «über» den objektiven Gesetzen der Kapitalbewegung und kann nicht versuchen, diese willkürlich zu kontrollieren oder zu verändern; im Gegenteil, er unterliegt ihnen nicht weniger als das einzelne Kapital, er befindet sich lediglich auf einer höheren gesellschaftlichen Ebene. Alles, was der Staat tut, muss finanziert werden, genau wie alles, was vom einzelnen Kapital oder von Individuen getan wird; und die Quelle dieser Finan-

zierung kann nur die Produktion von realem Mehrwert sein. Der Staat bezieht Geldeinnahmen aus dieser ursprünglichen Quelle, sei es direkt über Steuern oder durch die Beschaffung von Geld auf den Finanzmärkten mittels der Ausgabe von Schuldtiteln. Im zweiten Fall ist er selbst ein Akteur auf der Ebene des Finanzkapitals und an dessen Bedingungen gebunden. Was bedeutet dies angesichts der historischen Kreditkrise und des davon abhängigen «finanziell induzierten» Wachstums, unter der wir heute leiden? Die bisher von den Staaten auf den Weg gebrachten «Rettungspakete» für das Finanzsystem und die weltweit geplanten, aber noch nicht umgesetzten staatlichen Konjunkturprogramme belaufen sich bereits auf mehrere Billionen Euro. Woher soll der Staat die Mittel für all das nehmen, wenn die Krise doch gerade darin besteht, dass die Quelle der realen Wertschöpfung versiegt ist und der Kredit als Vorschuss auf zukünftigen Mehrwert erschöpft ist? Eine drastische Steuererhöhung würde die ohnehin schon schwindende Produktion von realem Mehrwert noch weiter drosseln. Eine massive Emission von Staatsanleihen auf den Finanzmärkten hätte denselben Effekt, da der Staat dann mit Unternehmen und Haushalten um die verfügbaren Kredite konkurrieren und damit die Realzinsen in die Höhe treiben würde.

Wofür auch immer das vom Staat eingenommene Steuergeld und die von ihm auf den Finanzmärkten aufgenommenen Kredite ausgegeben werden, gibt es aus der Sicht der Wertlogik keinerlei Produktion, sondern lediglich Konsum. Selbst wenn beispielsweise der Bau von Straßen oder Schulen finanziert wird, findet auf diese Weise keine neue Wertschöpfung statt, sondern es wird die reale Mehrwertproduktion der Vergangenheit (Steuern) oder der Zukunft (Kredite) ausgeschöpft. Dies gilt natürlich umso mehr, wenn der Staat mit diesem Geld in Form von «Rettungspaketen» lediglich die Löcher im Finanzsystem stopft, notleidende Kredite von den Banken aufkauft usw. Nach dem endgültigen Ende der Blasenwirtschaft und der künstlichen Konjunktur belaufen sich die Verbindlichkeiten der Staatsfinanzen auf Beträge, die um ein Vielfaches höher sind als die der früheren, bereits zusammengebrochenen Wirtschaft. Da weder eine Steuererhöhung noch eine Ausweitung der Staatsverschuldung in erforderlicher Masse möglich ist, bleibt als ultima ratio nur noch der Druck von Banknoten, die Schaffung von Geld aus dem Nichts und dessen direkte Übertragung an den Staat, ohne Garantien oder Gegenleistungen. Doch die Befugnis der Zentralbanken zur Geldschöpfung ist rein formaler Natur; sie «drückt» lediglich den Prozess der Schaffung realer kapitalistischer Werte aus, ohne diesen ersetzen zu können. Der direkte Rückgriff auf die Banknotenemission wäre die größte Finanzblase von allen und könnte nur in einer vollständigen Entwertung des Geldes und aller Kredite, Wertpapiere usw. enden (Hyperinflation, Staatsbankrott, Währungsreform).

Die Verlagerung des Kreditproblems vom Staat zum Finanzkapital und die derzeitige Rückkehr wieder zum Staat vollenden einen Teufelskreis ohne Ausweg. Sicherlich stellt nun das weltweite gesellschaftliche Scheitern des kapitalistischen Systems und seiner neoliberalen Legitimation ein Feld dar, auf dem sich die radikale Kritik an den grundlegenden kapitalistischen Formen anders als in der Vergangenheit durchsetzen lässt. Doch das bedeutet noch keineswegs, dass diese radikale Kritik dadurch bereits für das Bewusstsein der Massen annehmbar wird, das sich nach wie vor vollständig in den Kategorien des modernen Fetischismus bewegt. Zunächst muss man sich des Paradoxons bewusst werden, dass die materiellen Existenzbedingungen in allen Lebensbereichen von der Virtualität des sich auflösenden Kredits abhängig sind. Aus dieser Sicht sind die Hindernisse für eine Negation der kapitalistischen Totalität nicht kleiner geworden, sondern vielmehr größer geworden. Wenn das Leben selbst bedroht ist, klammern sich die Menschen umso stärker an die herrschenden Verhältnisse. Das bedeutet heute, dass alle staatlichen Rettungsprojekte für das Kreditsystem, so illusorisch sie auch sein mögen, ein Publikum finden, selbst um den Preis, dass sie in mörderische Ideologien (Antisemitismus oder Proto-Antisemitismus) münden. Umso mehr muss sich die radikale Kritik dem Mainstream des Zeitgeistes entgegenstellen, anstatt sich von ihm mitreißen zu lassen.

Wie beurteilen Sie die Aneignung klassischer linker Konzepte wie «Verstaatlichung» oder «Regulierung der Finanzmärkte» durch das System?

Das Programm des radikalen Flügels des traditionellen Marxismus nahm eine martialische Formulierung an, die «Diktatur des Proletariats». Dennoch stand stets die soziale Organisation im Mittelpunkt, wenn auch verbunden mit einer falschen Ontologie der abstrakten Arbeit. Tatsächlich verwandelte sich das Programm auf dieser ideologischen Grundlage in eine bloße Verstaatlichung der kapitalistischen Kategorien verwandelt, also das Gegenteil von sozialer Emanzipation. Marx selbst polemisierte in der Kritik am Gothaer Programm gegen diesen Staatsfetischismus, obwohl er selbst in einigen früheren Formulierungen nicht ganz frei davon war. In der historischen Praxis der Systeme der «verzögerten Modernisierung» (Sowjetunion, China usw.) hatte der Begriff des «Arbeiterstaates» lediglich eine legitimierende Funktion für die Reproduktion des Staatskapitalismus. Die meisten sozialistischen und kommunistischen Parteien im Westen verwandelten diese Forderung in ein Programm der «Verstaatlichung» der Banken und der wichtigsten Industriezweige des

Kapitalismus. Die staatliche Ausrichtung war nur noch vage mit dem ausgedienten Paradigma der «Arbeiterklasse» verbunden. Stattdessen rückte der Begriff der «Nation» in den Mittelpunkt, und die «soziale Frage» wurde in eine «nationale Frage» umgewandelt. Dieser «Sozialismus in nationalen Farben» nahm angesichts der negativen «weltweiten Vergesellschaftung» des Kapitals einen wahrhaft reaktionären Charakter an. Er gehörte bereits zur Geschichte der Auflösung des traditionellen Marxismus.

In der bürgerlichen Wirtschaft zeichnete sich als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eine «gemäßigte» staatliche Ausrichtung ab, abgefedert, in Form des Keynesianismus. Diese Doktrin hatte nie etwas mit diffusen «sozialistischen» Hoffnungen zu tun; im Gegenteil, sie verstand sich ausdrücklich als Rettungsprogramm für den Kapitalismus mit Hilfe staatlicher Interventionen, deren Grundlage in der fortgesetzten Ausweitung des Staatskredits lag. Der «linke Keynesianismus» versuchte, dieser Doktrin einen fast «sozialistischen» Charakter zu verleihen. Doch dabei handelte es sich lediglich um die alte Ausrichtung auf den Staatskapitalismus, erneut verwässert und abgeschwächt, der ehemaligen «Arbeiterparteien», die längst in die politische Klasse des Kapitalismus integriert waren. Der Bezug zur politischen Ökonomie von Marx ging endgültig verloren. Der Diskurs des linken Keynesianismus bezieht sich nicht mehr grundlegend auf die kategoriale Analyse der «Wertverwertung» und der Dynamik im Rahmen der kapitalistischen Form des relativen Mehrwerts, der Zunahme der organischen Zusammensetzung, des Falls der Profitrate, noch auf eine darauf basierende Krisentheorie. Für dieses Denken wurde die Möglichkeit einer «kategorialen Krise» mit dem Rückgang der Mehrwertmasse vollständig ausgeschlossen. Damit ist auch die «kategoriale Kritik» an den Grundformen des kapitalistischen Fetischsystems noch weniger tragfähig geworden als im traditionellen Marxismus der alten Arbeiterbewegung. Stattdessen verfiel die «Kritik» in eine «Widerspruchsbehandlung» im Rahmen des nicht mehr explizit in Frage gestellten Kapitalismus, also in eine Form vulgärer bürgerlicher «Wirtschaftspolitik», die blind auf die Ausweitung des Staatskredits setzen musste, um daraus angeblich den sozialen Honig zu schöpfen. Als die vorherrschende Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik im Zuge der «neoliberalen Revolution» die keynesianische Lehre offiziell verwarfen, blieb der theoretisch entwaffneten politischen Linken der Keynesianismus allein überlassen, ohne zu begreifen, dass sie sich mit einer historischen Leiche verband. Der Keynesianismus trat nun rein formal als grundlegende Opposition zum Neoliberalismus auf, obwohl er dies inhaltlich nie gewesen war.

Die jüngste verzweifelte Hinwendung der wirtschaftlichen und politischen Eliten zum Staatskredit hat die Schwachstellen der linken Parteien ebenso offenbart wie die von Organisationen der Bewegung wie ATTAC. Anscheinend werden zentrale Elemente des von

ihm konsequent vertretenen Keynesianismus (Verstaatlichung oder «Nationalisierung» der Banken und gegebenenfalls von Schlüsselindustrien, Regulierung der Finanzmärkte) plötzlich neu gewürdigt. Es handelt sich jedoch nicht mehr um einen keynesianischen Wohlfahrtsstaat, wie in der Endphase des fordistischen Wohlstands in den 1970er Jahren, sondern um Keynesianismus des Finanzkapitals in der Notlage, der mit einer Verschärfung der unsozialen staatlichen Verwaltung von Arbeit und Menschen einhergeht. Es ist das Paradoxon der Fortsetzung des Neoliberalismus mit quasi-keynesianischen Mitteln, denn an der historisch offenbaren inneren Grenze der Wertsteigerung gibt es keine dritte Option mehr. Die staatlichen Kredite fließen nicht in Sozialprogramme, Bildung und Gesundheitswesen usw., sondern wird in das schwarze Loch der angeschlagenen Bilanzen gestürzt. Die keynesianische Linke steht angesichts der neuen Qualität der Krise hilflos da, weil sie davon keinerlei Vorstellung hat. Während sie glaubt, die keynesianische Morgenbrise zu spüren, wird ihr in Wirklichkeit die Rechnung für ihre Selbstausslieferung an die kapitalistische Produktions- und Lebensweise präsentiert. Wenn sie sich in die neue, inflationsfördernde Ausweitung des staatlichen Kredits «einbinden» will, läuft sie selbst Gefahr, zu einem integralen Bestandteil der Bewältigung der kapitalistischen Krise zu werden. Anzeichen dafür gibt es bereits in ganz Europa. Sollte die Partei- und Bewegungslinke in diesem Sinne «politisch fähig» und für die Kapitaleliten «sozial fähig» werden, könnte ihre «Sozialdemokratisierung» in eine Karriere auf der Grundlage des Ausnahmezustands münden.

Welche Formen der Vermittlung lassen sich zwischen den immanenten Kämpfen um grundlegende Überlebensbedingungen und der Kritik an den Grundkategorien des Kapitalsystems (Ware, Wert, Geld, abstrakte Arbeit, Staat, Politik) herstellen?

Es besteht kein Zweifel daran, dass der außerparlamentarisch organisierte soziale Kampf für die materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse, im Widerstand gegen die brutale Senkung des Zivilisationsniveaus, die einzige Alternative zur «politischen» parlamentarischen Kollaboration der «Linken» mit der staatlichen Krisenverwaltung darstellt. Unweigerlich wird sich auch eine neu konstituierte soziale Gegenbewegung herausbilden, zunächst als immanente «Widerspruchsbewältigung», die die Bedürfnisse nicht mehr an den Staat delegiert, sondern autonome Forderungen stellt, auch wenn diese gegen den Staat gerichtet sein müssen. Dies gilt beispielsweise für einen ausreichend hohen gesetzlichen Mindestlohn, für den Widerstand gegen weitere Kürzungen bei den Sozialtransfers und

gegen die repressive Schikane durch Zwangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung sowie gegen die Privatisierung oder Schließung lebenswichtiger öffentlicher Infrastrukturen (beispielsweise im Gesundheitswesen). Aber auch die Debatte über den Bildungsbudget und die Kritik an der starren Verknüpfung der Lehr- und Forschungsinhalte mit den inzwischen überholten Ertragsbedürfnissen des Kapitals stehen auf der Tagesordnung.

Ein wichtiger Moment bei der Vermittlung der «kategorischen Kritik» besteht darin, zu lernen, wie man zwischen Formen des «Umgangs mit dem Widerspruch», die den Fortschritt vorantreiben, und affirmativen Formen unterscheiden kann. Dazu gehört in erster Linie die Erkenntnis, dass die Verteidigung lebenswichtiger Bedürfnisse auf dem offiziellen politischen Weg völlig illusorisch geworden ist. Es müssen die alternativen Inhalte direkter sozialer Forderungen einerseits und die vergebliche Hoffnung auf konjunkturelle staatliche Programme für neue Kapitalinvestitionen andererseits deutlich gemacht werden. Letztere binden die sozialen Bedürfnisse von vornherein an den «Erfolg» der Kapitalverwertung auf der ruinierten Grundlage der abstrakten Arbeit und an die sich daraus ergebende «Finanzierbarkeit» nach kapitalistischen Kriterien. Erstere hingegen können den Weg ebnen für die Ablehnung des «Terrors der Finanzierbarkeit» und zur Annäherung an die Verdrängung der Wertform und des Geldes. Diese Alternative, die unter den neuen Krisenbedingungen verwirklicht werden soll, kann sich auch unter den «linken» Elementen der politischen Klasse stellen und dort zu Polarisierungen führen; vorausgesetzt jedoch, dass sich eine soziale Gegenbewegung bildet. In der alten Arbeiterbewegung gab es bereits Elemente dieser Alternative, wenn auch vor dem ideologischen Hintergrund einer Ontologie der abstrakten Arbeit. Genau aus diesem Grund wurden soziale Gegenbewegungen (auch im Einklang mit ihrem eigenen, auf der Ontologie der Arbeit basierenden Bewusstsein) stets in eine staatliche Ausrichtung umgewandelt und als «Parteimarxismus» an eine politische Intervention gebunden; denn der Staat ist genau die soziale Syntheseinstanz auf der Grundlage der abstrakten Arbeit. Innerhalb der historischen Grenzen der abstrakten Arbeit und der realen Wertvermehrung des Kapitals stellt sich die Alternative zwischen sozialer Gegenbewegung und Etatismus nun in völlig neuen Formen dar und muss entsprechend formuliert werden, da die Hoffnung auf die Kreditwürdigkeit des Staates angesichts der entfesselten Inflation nur noch beschämend ist und keinerlei soziales Potenzial mehr birgt.

Ein zweiter Moment der Vermittlung ist die Kritik an allen Formen sozialer Ausgrenzung, seien sie offen artikuliert oder indirekt und unterschwellig. Solange soziale Bewegungen auf der Ebene der «Bewältigung des immanenten Widerspruchs» agieren, wird es diese Tendenzen immer geben. Schon in der alten Arbeiterbewegung gab es starke negative

Gefühle gegenüber den unqualifizierten unteren Schichten. Heute lassen sich ähnliche Haltungen seitens einer globalisierten, mittlerweile jedoch bereits im Zerfall begriffenen «Arbeiteraristokratie» beobachten – gegenüber den «Ausgestoßenen», oder gegen die Arbeitenden in Niedriglohnsektoren; und sogar in den unteren Schichten der «dominanten Kultur» gegen die Migranten. Vor allem aber sind es die akademischen und subakademischen Mittelschichten, die in den kapitalistischen Zentren vom Abstieg bedroht sind und ihre eigene Haut retten wollen, indem sie ihre spezifischen Interessen als «Humankapital» als Ideal der allgemeinen Emanzipation stilisieren, während ihnen das Leben der «Anderen» in Wirklichkeit gleichgültig ist. In dem Masse, wie sich eine soziale Gegenbewegung herausbildet, besteht die Aufgabe der «kategorialen Kritik» gerade darin, die verschiedenen, sich komplex überlagernden Potenziale sozialer Ausgrenzung analytisch zu identifizieren und ihnen entgegenzutreten.

Dies kann nur gelingen, wenn die Kritik auch vermittelt, dass es jenseits der kapitalistischen Kategorien ohne Weiteres möglich ist, die Lebensbedürfnisse «für alle» zu befriedigen. In diesem Zusammenhang besteht die Aufgabe darin, den sozialen Gegenbewegungen (sofern sie entstehen) die enorme Diskrepanz zwischen den Potenzialen materiellen Reichtums und der Unmöglichkeit bewusst zu machen, diese weiterhin. Auch wenn die theoretische Reflexion über die realen Kategorien des Kapitals – Wertform und Ware, Mehrwert, abstrakte Arbeit usw. – und deren politisch-staatliche Ausgestaltung im Massenbewusstsein nicht vorhanden ist, lässt sich dennoch die praktische Erfahrung mobilisieren, dass aus technisch-praktischer und materieller Sicht die Möglichkeiten zur Befriedigung der materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse vorhanden sind, diese jedoch durch den Kapitalismus blockiert werden, weil das absurde Selbstzweck der Umwandlung von «Arbeit» in «mehr Arbeit» und von «Geld» in «mehr Geld» nicht mehr erfüllt werden kann. Wenn immer mehr Menschen obdachlos werden, während gleichzeitig massenhaft Wohnungen leer stehen, oder wenn immer mehr Kranke und Pflegebedürftige nicht mehr angemessen versorgt werden, während gleichzeitig die Verwaltung Spitäler schließt, Ärzte und Pflegepersonal unter Druck gesetzt oder «arbeitslos» werden, dann lässt sich diese Erfahrung grundlegend in eine radikale Kritik an der Waren- und Geldform umwandeln, indem die Erfahrung durch theoretische Reflexion bereichert wird.

Dieser Ansatz ist auch dann zutreffend, wenn das sogenannte «ökologische» Problem (Klimaveränderung, Raubbau, Erosion der natürlichen Lebensgrundlagen usw.) angeführt wird. In dieser Hinsicht muss die Vermittlung der «kategorischen Kritik» den inneren Zusammenhang zwischen den zerstörerischen Kräften der kapitalistischen Produktionsweise materiellen Reichtums einerseits und der kapitalistischen Form der sozialen Beziehungen

andererseits. Nicht die Produktion einer ausreichenden Menge an Nahrungsmitteln und Kulturgütern an sich führt zur Zerstörung der «Biosphäre», sondern die Rationalität der Wertlogik der Unternehmenswirtschaft, die Armut schafft, während sie ihre eigenen Grundlagen zerstört und die Natur ruiniert. Die zerstörerische Kraft bestimmter kapitalistischer Formen materiellen Reichtums (Individualverkehr, Rüstungs-industrie, Agrarindustrie als Verbreiterin von Giften usw.) darf nicht gegen die Sozialisierung der Bedürfnisse des gesellschaftlichen Lebens ausgespielt werden. Die Alternative zur «Motorisierung» ist nicht die Abschaffung der Mobilität an sich, sondern der Ausbau des öffentlichen Verkehrs unter gesellschaftlicher Kontrolle, im Widerstand gegen die Privatisierung. Es ist besonders perfide, Menschen, die zu unwürdigen Elendsrationen verdammt und kapitalistisch verarmt sind, dafür verantwortlich zu machen, dass sie angeblich «zu viel konsumieren» und das Klima zerstören. Während die «Klimakatastrophe» noch vor kurzem, in Zeiten eines Defizits, für mediales Aufsehen sorgte, werden nun, in der Krise, die offiziellen Ziele zur Reduktion der Schadstoffe erneut gekürzt, weil die kapitalistische Produktionsweise um jeden Preis aufrechterhalten werden muss. Es ist durchaus möglich, dass das Krisenmanagement versucht, weitere soziale Einschränkungen mit einer «ökologischen» Legitimation zu untermauern. In diesem Widerspruch bewegt sich auch die von einem Teil der Mittelschicht getragene «ökologische» Ideologie, die von den «Grenzen des Kapitalismus» nur im Sinne einer «äußeren Grenze» der natürlichen Ressourcen sprechen will, während die «innere Grenze» der abstrakten Arbeit und der «Wertvermehrung» nur bruchhaft wahrgenommen («Grenzen des Wachstums») oder gänzlich außer Acht gelassen wird, weil sich jeder gerne «ökologisch» an der Krisenbewältigung beteiligen möchte. Aus der Perspektive einer Weiterentwicklung der Kritik der politischen Ökonomie ist dieser «ökologische Reduktionismus» ebenso kritikwürdig wie die bejahende wirtschaftliche Ausrichtung auf einen «Krisen-Keynesianismus».

Ein weiterer Schritt zur Vermittlung der «kategorialen Kritik» wäre die Wiederaufnahme einer Debatte über gesellschaftliche Planung, die nicht mehr auf abstrakter Arbeit, der Wertform und dem Staat basiert. Als Erbe vergangener Zeiten wird der heutige «Sozialismus» mehr denn je mit «Verstaatlichung» gleichgesetzt, was weiterhin nur zu paradoxen Formulierungen wie «Finanzmarkt-Sozialismus», in dem sich jedoch das reale Paradoxon der neuen Krisenbedingungen ausdrückt. Für eine echte Transformation jenseits des Kapitalismus besteht die Aufgabe darin, den weltweiten sozialen Fluss der materiellen und sozialen Ressourcen als solche neu zu organisieren und sie nicht länger in den Kategorien des «Werts» und seiner «Arbeitssubstanz» darzustellen, die historisch überholt sind. Dazu gehört das Problem der Momente der gesellschaftlichen Reproduktion, die nie mit der abs-

trakten Arbeit und der Wertvermehrung in Einklang gebracht werden konnten und historisch den Frauen übertragen wurden (Kinderbetreuung, Krankenpflege, Hausarbeit, «Arbeit der Liebe» usw.). An den Grenzen der Kapitalverwertung bröckelt auch dieser «soziale Kitt». Ein gesellschaftlicher Wandel muss auch diese Bereiche neu ordnen, sie von ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung befreien und für sie einen sozialen Freiraum schaffen, der längst möglich ist.

Es wäre notwendig, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber anzustoßen, in die die vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen einfließen und die sich nicht auf einen rein theoretischen Ansatz beschränkt. Die theoretische Kritik kann nur versuchen, diese Debatte entsprechend dem Fortschreiten der Krise anzuregen und das Problem der gesellschaftlichen Planung wieder ins Bewusstsein zu rücken.

Gerade weil die «kategoriale Kritik», im Kontext der kapitalistischen Form – trotz deren historischer Krise – nicht ohne Brüche übertragbar ist und innerhalb der Grenzen der «objektiven Denkformen» (Marx) am gesellschaftlichen Bewusstsein stößt, kann sie sich nicht auf die strenge Richtung der «objektiven» politisch-ökonomischen Argumentation im bürgerlichen Sinne beschränken. Ein wesentlicher Aspekt der Vermittlung ist auch die radikale Ideologiekritik. Jede bejahende Verarbeitung der Krise im Bewusstsein ist Ideologieproduktion, und zwar nicht nur in der staatlichen Ausrichtung oder im ökologischen Reduktionismus. Auch die modernen Grundideologien des Nationalismus, des Antisemitismus, des Rassismus, des Antiziganismus (der Ressentiments gegen Sinti und Roma als «Parias» der Moderne) und des Sexismus werden in der Krise stärker herangezogen und neu konfiguriert. Im Hintergrund steht stets die aggressive Verteidigung bestimmter kapitalistischer Lebensformen durch soziale Klassen im Konkurrenzkampf. Von zentraler Bedeutung ist in dieser Hinsicht heute die Ideologie der «neuen Mittelschicht» angesichts der Krisenprozesse, im Kampf um Interpretationsmacht und Hegemonie. Die verschiedenen Elemente der Ideologiebildung bilden Amalgame, wenn auch indirekt und unterschwellig. Die Aufgabe der «kategorialen Kritik» besteht daher darin, die durch die ideologische Ausarbeitung modulierten «Dispositiven» zu analysieren und tief in den Begriff der Ideologie einzudringen, jenseits des traditionellen Marxismus, um ein Programm des sozialen Wandels mit einem Programm der ideologiekritischen Intervention zu verbinden. Die heutige Linke der Bewegung ist mit ihrer theoretisch unbewaffneten Ausrichtung auf rein symbolische «Kämpfe» weit davon entfernt. Deshalb lässt sich überall ein alles andere als heiliges Hin und Her zwischen «linken» und «rechten» Positionen in der unvollständigen Kritik am Kapitalismus beobachten.

Welche Rolle kann der Klassenkampf heute spielen, um das Klassenbewusstsein im Sinne von Lukács zu verbreiten?

Das traditionelle Verständnis des «Klassenkampfes» ist in der neuen Situation einer absoluten inneren Grenze der Wertsteigerung nicht mehr mobilisierungsfähig. Historisch gesehen war die gewerkschaftliche und politische Vertretung des «Proletariats» nichts anderes als die Vertretung des sich selbst bekräftigenden «variablen Kapitals» und damit die Vertretung der abstrakten Arbeit. Hier wurde ein rein relativer Gegensatz zwischen dem angeblich trans und anthropologischen «Arbeit» und der juristisch verstandenen Form des kapitalistischen Privateigentums konstruiert, während in Wirklichkeit abstrakte Arbeit und das juristische Privateigentum an den Produktionsmitteln lediglich unterschiedliche Bestimmungen im gemeinsamen, übergeordneten Bezugssystem der «Wertverwertung» darstellen. Marx bezeichnete diesen übergeordneten Kontext als «automatisches Subjekt» der modernen fetischistischen Gesellschaft, in der alle sozialen Positionen als «Funktionen» der Verwertungslogik gefangen sind. Es gibt kein ontologisches «Prinzip», auf das man sich zur sozialen Emanzipation berufen könnte; im Gegenteil, kann der Kapitalismus nur durch eine konkrete historische Kritik seiner Grundformen überwunden werden. Der «Klassenkampf» war im Wesentlichen eine Bewegung des «Kampfes um Anerkennung» auf dem Terrain der kapitalistischen Kategorien. Deshalb übernahm die alte Arbeiterbewegung vom Protestantismus und von der bürgerlichen Ideologie der Aufklärung nicht nur die Ontologie der abstrakten Arbeit, sondern auch die Ontologie des kapitalistischen Geschlechterverhältnisses, das heißt der historischen Zuschreibungen von «Männlichkeit und Weiblichkeit». Was aus dem «Kampf um Anerkennung» hervorging (Streikrecht, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Stimmrecht usw.), endete stets nur in der Verstaatlichung der nicht überwundenen kapitalistischen Kategorien. Das sozialistische Verständnis von «Klassenkampf» erschöpfte sich darin.

In der neuen historischen Situation wird die von den Lohnabhängigen längst erreichte «Anerkennung» als wirtschaftliche Subjekte und Staatsbürger der fetischistischen Gesellschaft zu einer Fessel und einer Falle. Die Menschen sind, im Guten wie im Schlechten, an den Zwang der Wertbildung gebunden. Das ist nicht nur eine Frage des Bewusstseins. Auch objektiv gesehen löst sich die soziale Grundlage des alten «Klassenkampfes» auf. Unter den Bedingungen der Dritten Industriellen Revolution kann das Kapital keine «produktiven»

Heere abstrakter Arbeit mehr organisieren. Da der Individualisierungsprozess als Krisenphänomen die sozialen Filter zerstört, beziehen sich die sozial atomisierten Subjekte direkt auf das globale Wertverhältnis, das gleichzeitig in Form des bereits uneinlösbaren Kredits virtualisiert und damit obsolet wird. Scheinbar ist eine «Vielfalt» diffuser sozialer Situationen entstanden, die sich nicht mehr auf der Grundlage kapitalistischer Kategorien integrieren lassen. Festangestellte und temporär Angestellte, befristet Beschäftigte und Subunternehmer, Arbeitslose mit Taggeld als Objekte der Krisenverwaltung, Scheinselbstständige und Elendsunternehmer usw. stellen keine homogene Masse eines «Mehrwert schaffenden Proletariats» mehr dar. Die Ideologie der Bewegung beschränkte sich seit den 1990er Jahren darauf, diese «Vielfalt» positiv anzunehmen und sie unter dem Deckmantel der «Multitude» zusammenzufassen, ohne sie zu konzeptualisieren oder zu verdrängen. Für eine neue Organisation der sozialen Kämpfe ist das Ziel nicht mehr die «Anerkennung» als Mehrwertschöpfer, sondern lediglich die Kritik und Transformation der Kategorie «Wert» selbst und des damit verbundenen Geschlechterverhältnisses. Die Grundlage kann nicht eine vorgefundene kapitalistische Organisation der «Arbeit» sein, die sich aufgelöst und demoralisiert hat, sondern nur die bewusste Selbstorganisation der konkreten historischen Kritik der herrschenden Kategorien, ausgehend von der immanenten «Bewältigung des Widerspruchs» und darüber hinaus. Es geht nicht um eine «objektive» Konstitution der Klasse als Repräsentation des «variablen Kapitals», sondern um eine Frage des Bewusstseins. Allerdings nicht irgendein «idealistisches» Bewusstsein, etwa im Sinne einer «Ethik» der Moralphilosophie, sondern ein Bewusstsein, das sich mit der historischen Grenze der Wertsteigerung und mit dem Verfall des Zivilisationsniveaus auseinandersetzt.

An dieser Stelle muss man noch einmal auf das Problem der vom Niedergang bedrohten «neuen Mittelschicht» zurückkommen. Die Desorganisation der industriellen «Arbeitheere» und der Niedergang der alten Arbeiterbewegung gingen Hand in Hand mit dem Aufstieg dieser qualifizierten Mittelschicht in der Phase des fordistischen Wohlstands. Die wirtschaftliche Grundlage war nicht die Produktion von unmittelbarem realem Mehrwert, sondern die Ausweitung des staatlichen Kredits. Das damit einhergehende soziale Selbstverständnis lag weniger in der Ontologie der «Arbeit», sondern vielmehr im Status des «Humankapitals» mit «Hochschulbildung». Die neue Linke hingegen war ab 1968 im Wesentlichen eine Bewegung der Mittelschicht, auch wenn sie ideologisch und abstrakt, ausgehend vom marxistischen Hintergrund, weiterhin die vergebliche Vermittlung mit dem ausgereizten «Klassenkampf» des «Proletariats» suchte. Im Zeitalter der Finanzblasenwirtschaft wurden nicht zuletzt die «neuen Mittelschichten» von der Ausweitung des Privatkredits abhängig und gerieten zunehmend in prekäre Verhältnisse. Gerade in diesem Prozess gewann das «Welt-

bild» des Mittelklassebewusstseins auch auf der Linken eine dominierende Stellung. Die Wiederbelebungen der alten Rhetorik des «Klassenkampfs» und vor allem ihrer Ableitungen, zum Beispiel in der Gestalt der postoperaistischen «Multitude», sind alle implizit (und manchmal explizit) aus der Perspektive des kategorisch bejahenden Mittelklassebewusstseins formuliert. Heute ist es nicht so sehr die Ontologie der «Arbeit», die längst untergraben ist, die den Übergang vom Marxismus der Arbeiterbewegung zur «kategorialen Kritik» blockiert, sondern die Ideologie der Mittelschicht, die hartnäckig an ihrem «Humankapital» festhält und sich hinter der «Vielfalt» der Ansätze der Bewegung verbirgt. Da die Mittelschichten unweigerlich in eine große soziale Gegenbewegung verwickelt sind, ist der Bruch mit dieser Ideologie von entscheidender Bedeutung.

Das Problem der Organisation des sozialen Kampfes, der die verzweifelte «Vielfalt» sozialer Situationen jenseits des Paradigmas des «Klassenkampfes» auf andere Weise integrieren muss, beginnt theoretisch nicht bei Null. Der Übergang zur «kategorischen Kritik» findet sich in Ansätzen großer Theoretiker an den Grenzen des traditionellen Marxismus, wie Lukács (und in anderer Form Adorno). Lukács lieferte erste Hinweise in seinem 1923 erschienenen Buch *Geschichte und Klassenbewusstsein*, insbesondere im großen zentralen Aufsatz über die «Verdinglichung». Wie angesichts der damaligen Situation zu erwarten war, verbindet er darin erstmals die implizite Ontologie der Arbeit und die daraus abgeleitete traditionelle «Klassenposition» mit der Auseinandersetzung mit der darüber liegenden modernen fetischistischen Gesellschaftsordnung. Lukács ließ sich durch den Parteimarxismus von seinen innovativen Ansichten, die als angeblich «idealistisch» dargestellt wurden, abbringen und kehrte später zu einer expliziten und ziemlich langweiligen Ontologie der abstrakten Arbeit zurück. Sein Werk von 1923 wurde seit den 1980er Jahren auch von den neuen Ansätzen der «kategorialen Kritik» aufgegriffen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des «zugeschriebenen» Klassenbewusstseins und des Proletariats als vermeintliches «Subjekt-Objekt der Geschichte». Doch sein früherer theoretischer Aufsatz lässt sich nicht darauf reduzieren. Eine erneute Lektüre unter den heutigen Bedingungen bringt überraschende Erkenntnisse zutage. Was er mit dem Begriff der «Verdinglichung» meint, stellt bereits eine Kritik an den Grundformen des Kapitalismus dar, die lange Zeit ihresgleichen suchte; von manchen wird sie als vorweggenommene Kritik am postmodernen Denken gelesen. Entscheidend ist das Postulat einer «Bewusstmachung» durch die Kritik an der Warenform als allgemeiner Lebensform im Kapitalismus, einschließlich der Ware Arbeitskraft. Damit näherte sich Lukács wieder der Definition von Marx der kapitalistischen Kategorien als «reale Lebensbedingungen» und zugleich «objektive Denkformen», eine Definition, die von der Arbeiterbewegung verdeckt worden war.

Entzieht man diesem theoretischen Ansatz seine «Zuordnung» zu einem «Standpunkt» der «Arbeit», so lässt sich vieles davon für eine neue «kategoriale Kritik» unter den Bedingungen der Individualisierung und des zerfallenden Wertverhältnisses übernehmen. Entscheidend ist erstens, das moderne Geschlechterverhältnis, das von Lukács noch nicht thematisiert wurde, in die kategoriale Ebene einzubeziehen. Zweitens lassen sich die im Aufsatz über die Verdinglichung formulierten kritischen Relativierungen des «proletarischen Klassenbewusstseins» heute vor allem auf das Mittelklasse-Klassenbewusstsein beziehen (auch dazu finden sich in diesem Aufsatz bereits Ansätze). Es stellt sich daher die Aufgabe, Lukács' Sichtweise in dieser grundlegend anderen historischen Situation neu zu formulieren, um das kritische «Bewusstmachen» der Warenform fruchtbar zu machen für eine Wiedereingliederung des sozialen Kampfes jenseits der falschen kapitalistischen Objektivität.

Wie ließe sich ein Revolutionsbegriff für die Gegenwart definieren, der mit dem Fetischismus und einem Alltag brechen könnte, der vollständig der Reproduktion des Kapitals untergeordnet ist?

Der Begriff der «Revolution» wurde historisch vom Paradigma der grossen Französischen Revolution, der darauffolgenden bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts und der Revolutionen der «verspäteten Modernisierung» an der Peripherie des Weltmarktes im 20. Jahrhundert (Russland, China, «Dritte Welt») geprägt. In diesem Zusammenhang beschränkte sich die «Revolution» auf die politische Form der «Machtübernahme» und im 20. Jahrhundert auf die Verstaatlichung der kapitalistischen Kategorien. Insofern gehört dieser Begriff zur Geschichte der Durchsetzung der abstrakten Arbeit, der Logik der Wertsteigerung und des modernen Geschlechterverhältnisses. Es scheint daher, als sei seine Laufbahn beendet. Im verbleibenden Marxismus und in der Ideologie der Bewegung spielt die «Revolution» als politischer Akt der Subversion keine Rolle mehr. Doch dabei schütten sie das Kind mit dem Badewasser aus. Da die Linke den Begriff der Revolution ad acta gelegt hat, ohne ihn zu aktualisieren, hat sie lediglich ihre Selbstausslieferung an die kapitalistische Lebensform auf der sozialen Basis der Mittelschicht besiegelt.

Marx kritisierte den auf die Politik beschränkten Revolutionsbegriff bereits in seinen frühesten Schriften. Für ihn weist die «soziale Revolution» eine andere Qualität auf, die neben dem Wertverhältnis und der Warenform auch den Etatismus der politischen Form beseitigt. Ähnlich wie später bei Lukács tauchte diese Revolutionierung bei Marx jedoch ebenfalls

noch als «proletarische Revolution» auf. Genau dieses Paradigma blieb jedoch in der Phase des auf die Politik reduzierten Revolutionsbegriffs bestehen. Jenseits der Ontologie der Arbeit, an der inneren Grenze der Wertbildung, stellt sich die Frage nach der «sozialen Revolution» in neuer und anderer Form, nämlich als Bruch mit der vorherrschenden sozialen Synthese in den Formen des Werts und des kapitalistischen Geschlechterverhältnisses. «Soziale Synthese» bedeutet nichts anderes als die spezifische Form der Sozialisierung im Sinne einer «negativen Totalität», die ebenfalls nur durch eine Revolutionierung der gesamten Gesellschaft überwunden werden kann.

Gerade deshalb bedarf es einer groß angelegten sozialen Bewegung, und zwar mittlerweile auf transnationaler Ebene, um die soziale Synthese im Allgemeinen zu erreichen. Es reichen beispielsweise keine Betriebsübernahmen durch die Belegschaft aus, die anschließend lediglich zum kollektiven Subjekt des Kapitals wird und weiterhin der durch Markt und Wettbewerb geschaffenen Synthese ausgeliefert bleibt. Daher sind bisher all diese Versuche gescheitert sind (wie während der großen Krise in Argentinien). Eine Transformation auf der Ebene jedes einzelnen Kapitals oder gar einer bestimmten Reproduktion ist nicht möglich, doch die Frage der Synthese und damit der gesellschaftlichen Planung jenseits der Warenform bildet immer bereits den Ausgangspunkt (und nicht irgendeinen Endpunkt) des praktischen Bruchs mit dem Kapitalismus. In diesem Zusammenhang ist der Begriff der «Revolution» nicht einfach irrelevant, auch wenn er mit dem alten «politistischen» Verständnis nichts mehr zu tun hat. Die kritische Theorie als «kategoriale Kritik» muss an dieser Sichtweise der sozialen Synthese festhalten, auch gegen das Bewusstsein der rein «symbolischen» Bewegung, die sich diese entscheidende Frage nicht stellt.

Die Linke der postoperaistischen Bewegung spricht heute gern davon, die Welt zu verändern, ohne die Macht zu ergreifen (John Holloway). Die soziale Synthese wird durch einen diffusen Begriff des «Alltagslebens» ersetzt, der bereits seit der Bewegung von 1968 Karriere gemacht hat. Was oft als kulturelle «Revolution des Alltagslebens» bezeichnet wird, ist immer auf die eine oder andere Weise die Hintergrundmusik des sozialen Wandels; auf diese Sichtweise reduziert, kann es sich aber auch um eine kulturelle Anpassung an die kapitalistische Dynamik handeln. Solche Konzepte von 1968 und der postmodernen Linken wurden längst vom Krisenmanagement des Kapitalismus übernommen, zum Beispiel in Form der neoliberalen Propaganda der individuellen «Eigenverantwortung». Das Thema «Alltagsleben» kann die eigentliche Intervention auf der Ebene der sozialen Synthese nicht ersetzen; ebenso wenig wie es auf die notwendige Interventionskraft verzichten kann (beispielsweise durch Streiks, Blockaden, Lähmung der kapitalistischen Nervenbahnen). Die «Machtfrage» beschränkt sich nicht auf das «politische» Paradigma der Staatsmacht, son-

dern stellt sich vielmehr als Frage einer sozialen «Gegenmacht» im Widerstand gegen die Krisenbewältigung. Tatsächlich ist der «Alltag» an sich kein Zufluchtsort des «Widerstand», dessen Begriff in dieser Form hohl wird. Der Widerstand beginnt vielmehr dann, wenn sich die Individuen gegen ihren vom Kapitalismus bis in die Poren bestimmten «Alltag» auflehnen und allgemein zur Organisation fähig werden.

Die Metaphysik des Alltags der Linken bezieht sich zum Teil auch auf die Fortsetzung der gescheiterten Alternativbewegung der 1980er Jahre, auf Versuche einer «anderen» Lebens- und Produktionsweise im kleinen Rahmen einzelner «Gemeinschaften», die sich neoutopisch oder pragmatisch legitimieren. Auch diese Versuche, etwa in Form der sogenannten «Lokalwirtschaft» oder der digitalen Open-Source-Bewegung sowie der Besetzung von Betrieben, können die Ebene der gesellschaftlichen Synthese nicht erreichen. Als scheinbare Alternative zu einer Bewegung des sozialen Widerstands ausgehend von der kapitalistischen Immanenz laufen sie Gefahr, sich in eine «Selbstverwaltung der Armut» zu verwandeln. Sollte dort noch die Idee einer «Kritik der Warenform» auftauchen, wird sie auf ein Format reduziert, in dem eine solche Kritik nicht möglich ist, ohne ihren entscheidenden Inhalt zu verlieren und ohne in ausweglose Widersprüche zu geraten. Die vermeintlichen Alternativen bleiben an bürgerliche Vertragsverhältnisse gebunden, und nicht nur das; sie betreffen zudem nur kleine Segmente der Reproduktion, die in ihrer Gesamtheit weiterhin kapitalistisch bestimmt bleibt. Deshalb haben die einzelnen «Praxisprojekte» in der Regel eine externe staatliche Finanzierung im Blick, sei es in Form eines «Grundeinkommens» oder in Form einer kommunalen Förderung. Keynesianischer Etatismus und die Ideologie der Alternative sind nur zwei Seiten derselben Medaille; der gemeinsame Nenner ist die direkte oder indirekte Ausrichtung auf staatliche Kredite. Hier kommt einmal mehr die unausgesprochene Dominanz des Mittelklassebewusstseins, das sich stets die Füße in den Mund nehmen will. Die keynesianische Linke und die Linke der «Alternativideologie» müssen daher die neue Qualität der Krise gleichermaßen verdrängen und leugnen, denn ihre Illusionen können das Ende des globalen Kreditsystems und der Wirtschaft der Finanzblasen nicht überleben. Sie werden mit der wahren Grenze der vorherrschenden gesellschaftlichen Synthese konfrontiert werden, spätestens wenn der schwere Einbruch der Weltwirtschaft auch den «Alltag» in den kapitalistischen Zentren erreicht.